

Wählen ist verkehrt

Wie aus dem Titel „Wählen ist verkehrt“ ersichtlich ist, geht es nicht darum, die Wahl oder den Wahlkampf zu loben oder sich für eine Partei stark zu machen. Sondern es geht um eine Kritik an den Wahlen. Damit stellt man sich in Gegensatz dazu, dass allgemein die Demokratie schwer gelobt wird und die Wahl als die besondere Qualität dieser Regierungsform hochgehalten wird. Ein verräterisches Lob. Wenn an der Demokratie als bester Herrschaftsform gelobt wird, dass man auswählen darf, **wer** einen in den nächsten Jahren regiert, dann steckt in diesem Lob, dass es sich nur dann um Herrschaft handelt, wenn nur einer das Sagen hat oder eine Partei, die immer wieder aufs Neue die Regierung stellt. Ganz anders ist es, wenn die Herrschaft dem Bürger die Sorte Freiheit einräumt, dass er aus verschiedenen Parteien auswählen kann. Das soll dann der entscheidende Unterschied sein. Dabei soll es sich dann nicht um Herrschaft handeln, sondern um unsere freiheitliche Demokratie. Neben diesem verräterischen Lob äußern sich die Öffentlichkeit und die Bürger kritisch zur Wahl.

Die Presse und die gesamte Öffentlichkeit kritisieren dieses Herzstück der Demokratie so, dass sie sagen, in Wahlkampfzeiten wird alles durcheinandergebracht. Die Politiker kümmern sich um die Bürger und dabei kommt das ordentliche Regieren, auf das es eigentlich ankommt, viel zu kurz. Außerdem ist das eine Zeit, in der viele Versprechungen gemacht werden, was verantwortungslos ist, und im Grunde genommen sind es auch leere Versprechungen. Denn nach der Wahl kommt es ja auf etwas anderes an, nämlich dass ordentlich regiert wird. Das Seltsame ist: kaum ist die Öffentlichkeit mit dem Gestus, man durchschaut die Sache und alles ist nur Show, kritisch geworden, sorgen sich dieselben Leute um den Erfolg der gesamten Veranstaltung. Sie begutachten, wie erfolgreich sich die Parteien betätigen: können sie die Leute für den Wahlkampf begeistern, schaffen sie es, sie zur Wahl zu bewegen und welcher Politiker kann mit seinem Wahlkampf die meisten Stimmen für sich verbuchen.

Auch der Bürger stellt sich in seiner Kritik auf den Standpunkt: er kennt sich aus, blickt durch und hält nichts von der ganzen Veranstaltung. Die da oben machen eh, was sie wollen. Der ganze Wahlkampf ist nur Show. Versprochen wird viel und es ist bekannt, dass nichts davon nach der Wahl gehalten wird. Das Komische ist, dass der überwiegende Anteil der Leute dann doch zur Wahl geht. Und dann wird gewählt mit seltsamen Argumenten wie: Na ja, wenn man schon mal gefragt wird, dann äußert man sich auch. Oder man verspricht sich zwar nicht viel, aber man wählt das kleinere Übel. Oder man verhütet etwas viel Schlimmeres, ohne sich groß etwas zu erwarten. Oder – was in dem aktuellen Wahlkampf zu einem verbreiteten Argument geworden ist – man geht zur Wahl, um zu verhindern, dass die AfD ins Parlament kommt.

Von dieser Art, sich kritisch zur Wahl zu stellen, ist nicht viel zu halten. Dagegen soll heute Abend eine viel grundsätzlichere Kritik an der Wahl geübt werden. Eine Kritik, die sich nicht auf den Standpunkt stellt: nützt nix, bringt nix. Sondern – das soll heute gezeigt werden – der Nutzen der Wahl liegt bei denen, die die Wahl veranstalten. Sie kommen damit an die Macht und zeichnen sich verantwortlich für die Regierung der nächsten vier Jahre.

Die angepeilte Kritik ist kein Plädoyer für das Nichtwählen. Als erstes ist zur Wahl zu sagen: man kann einzig zwischen dem entscheiden, was die Parteien als Alternativen anbieten. Das und nichts anders ist Gegenstand und Inhalt der Wahl. Dass das nichts taugt, soll darin gezeigt werden, was mit der Wahl vom Wähler verlangt wird, wofür die Politiker werben, wofür sie in den nächsten vier Jahren Verantwortung übernehmen wollen.

Der Vorschlag ist, das in zwei Abteilungen zu machen. Erstens soll geklärt werden, mit welchen Argumenten treten die Parteien und Politiker im Wahlkampf an. Zum einen werben sie mit den sogenannten Inhalten oder Sachthemen, zum anderen mit den hervorragenden Persönlichkeiten, die sich als zukünftiges Führungspersonal zur Wahl stellen. Zweitens geht es darum, was der Wahlakt leistet, was die Wähler dabei leisten und welche Freiheit sie der Politik damit verschaffen.

Wie kommen die sog. Sachthemen ins Spiel? Es wird keine Umfrage darüber gestartet, was denn so an Themen interessant wäre. Sondern bei Politikern oder Parteien ist der Ausgangspunkt von vornherein: Sie treten mit Themen an, mit denen sie sich profilieren wollen, mit denen sie auf Stimmenfang gehen.

— *Die innere Sicherheit wird als ein brennendes Thema von den Leuten angeführt, die gewählt werden wollen, wobei Sicherheit für die Ordnung in der Gesellschaft steht. Dazu kann man sich den Gedanken machen: Was ist das für eine Ordnung, die ständig der Gewalt bedarf. Das Zweite ist: Diese Gewalt braucht es, sie wird ausgeübt von den Köpfen, die auf den Wahlplakaten abgebildet sind.*

Diesem Thema der inneren Sicherheit haben sich alle Parteien angenommen als einem zentralen Thema des Wahlkampfes. Das ist deswegen wichtig und muss von den Parteien bearbeitet werden, weil die sich davon versprechen, die Wähler zur Wahl der eigenen Partei zu bewegen.

Wie geht das, dass man erst über innere Sicherheit redet, und dann wird daraus ein Argument für die eine oder andere Partei? Wie bekommen die Politiker das hin, dass sie so folgegerecht dabei landen? Alle treten damit an, dass innere Sicherheit ein Problem ist, und alle landen dabei, dass es erstens neue Gesetze geben muss, zweitens die Überwachung der Gesellschaft verschärft werden muss und drittens, dass es unbedingt mehr Polizei braucht. Sie beanspruchen für sich, dass die Kontrolle über die Leute verschärft ausgeübt werden muss; dafür müssen die Kompetenzen und Lizenzen der jeweiligen Instanzen bei Polizei und Justiz ausgeweitet werden.

Wie wird einem diese Perspektive der Parteien nahegebracht, warum soll man jetzt dafür sein? Vorab soll festgehalten werden, dass die Leute ihre Probleme haben, die als Sicherheitsprobleme abgehandelt werden. Zunächst geht man davon aus, dass Einbrüche, Vergewaltigungen zunehmen, Terroranschläge können vorkommen, Gefahrenstufen werden vom Innenministerium ausgerufen. Viele Leute machen sich Sorgen darum, wie sie ihr Leib und Leben, Hab und Gut schützen. Daran knüpfen die Politiker an. Es ist nicht so, dass sie einfach ein Thema erfinden, das die Leute nicht bewegt. Wichtig ist, sich klar zu machen, wie sie auf die Betroffenheit der Leute eingehen.

— *Es ist zu bemerken, dass da ganz verschiedene, disparate Sachen zusammengeworfen werden. Ganz verschiedene Ängste (vor einem Wohnungseinbruch oder einem Terroranschlag) werden unter dem Begriff Kriminalität subsumiert, womit man schon die halbe Antwort der Parteien mitgemacht hat. Man sagt, eigentlich ist das alles das Gleiche und es sind Varianten davon, die mehr staatliche Gewalt erfordern, die das verhindern oder nicht verhindern, sondern diejenigen bestrafen, die das getan haben.*

Das ist ein Hinweis auf die verlangte Abstraktionsleistung von den Lebensbedingungen, die von der Politik gemacht werden. Von den Zuständen und Gründen dafür in der Gesellschaft wird abstrahiert. Die Vielfalt von Sorgen, welche die Leute haben, wird zusammengefasst als das Problem der inneren Sicherheit. Darum soll und will sich die Politik kümmern als Problem für die staatliche Ordnung. Darauf werden die Leute im Wahlkampf angesprochen, um sich auf diesen Standpunkt zu stellen.

Es ist der Fehler dieser Abstraktion, dass damit zugleich vom Wähler ein Standpunktwechsel verlangt ist von dem, wie er betroffen ist, zu einem allgemeineren, gesellschaftlichen Problem. So soll der Wähler selber den Standpunkt des Staates und seiner Ordnung einnehmen.

— *Beim Wohnungseinbruch ist das gut zu demonstrieren. Der Schaden besteht darin, dass die Haustür beschädigt ist, Wertsachen fehlen usw. Es soll einleuchten, dass grundsätzlich Kriminelle bestraft und weggesperrt werden. Als ob man davon was hätte.*

Wenn der Verbrecher dann gefasst ist und bestraft wird, ist der Schaden durch den Einbruch nicht weg. Die andere Seite ist, dass es ein Recht gibt, worin entsprechende Strafen vorgesehen sind, und dass es einen Justizapparat gibt, der für die Bestrafung sorgt. Daran merkt man, dass man in Verhältnissen lebt, in denen immerfort davon ausgegangen wird, dass so etwas passiert. Zu den Lebensverhältnissen dieser Gesellschaft gehört das standardmäßig dazu. Alles wird in eine Reihe gesetzt und von den Einzelheiten abstrahiert. Was ist dann das Allgemeine, was an „Sicherheitsproblemen“ übrigbleibt?

— *Die CDU antwortet auf die Ängste in dem Zitat: „Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt und wird es mit der CDU auch bleiben.“ Diese Aussage ist auch eine Ansage, ist eine Übersetzung von Befürchtungen der Bürger in eine Aufgabe des Staates.*

Inhaltlich ist dies in dem Satz ausgedrückt: „Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat.“ Das sind **nicht** die Probleme, die der Bürger hat.

— *Diese Verschiebung vom privaten Schaden zu der Auskunft „es ist eine staatliche Angelegenheit“ erfolgt über den Zusammenschluss, dass alles Kriminalität ist. Kriminalität heißt, es ist ein Rechtsbruch und damit wird gegen staatliche Ordnung verstoßen. Wenn der Bürger für innere Sicherheit ist und sich davon einen Schutz verspricht, geht er von seinem persönlichen Schaden dazu über, den staatlichen Standpunkt zu vertreten, nämlich dass die Rechtsordnung gebrochen wurde.*

Da wird an einen persönlichen Schaden erinnert und man landet bei etwas völlig anderem: man soll ins Auge fassen, dass man Kriminalität verhindern muss. Darum soll es jetzt gehen, dass der Staat sich um seine Ordnung und ihre Aufrechterhaltung, kümmert. Während diese Ordnung all die Ungemütlichkeiten einschließt, soll man jetzt diese Ordnung gegen alle Anfeindungen aufrechterhalten.

— *Als letzter Grund für Kriminalität gilt, dass es Leute gibt, die den Willen zur Zerstörung dieser Ordnung haben. Es ist die Abstraktion vom Verbrechen hin zum Willen, der sich nicht der Ordnung unterwirft.*

— *Die Betonung ist hier anders: die gewaltbewehrte Ordnung ist gemeint. Recht kommt bei der CDU gar nicht vor. Sie sagt: die gewaltbewehrte Ordnung wird dauernd untergraben und deswegen braucht man mehr Gewalt.*

Der Gewaltcharakter kommt ins Spiel als entschiedenes Eintreten gegen die Störung der Ordnung. Die Ordnung selber wird nicht charakterisiert damit, dass sie eine gewaltsame ist, sondern die Gewalt tritt auf den Plan bei der Verteidigung dieser Ordnung. Daraus kann man natürlich den Schluss (auf den Gewaltcharakter) ziehen. Aber das ist nicht die Wahlwerbung, dass sie auf alles draufschlagen und alles gewaltsam zusammenhalten. Der Inhalt dessen, worum sich gesorgt wird, ist vom Standpunkt des Staates die zivile gesellschaftliche Ordnung, die eingerichtet ist und die verteidigt werden muss. Und dafür verdient der Staat das Vertrauen der Bürger – so geht die Wahlwerbung. Und dieses Vertrauen legt man am besten in die Hände der CDU.

— *Das würde jeder CDU'ler auch sagen, dass der Staat sein Vertrauen verdient, der für die innere Sicherheit sorgt. Die Leute selber machen diese Abstraktionsleistung, die dann im Wahlkreuz mündet. Wo ist da das Argument?*

Das ist das Erstaunliche und das Unverschämte: Da wird eine Sache thematisiert und eins – zwei – drei landet man dabei, ihr müsst die CDU wählen. Jetzt war das Bemühen zu erklären, was dabei unterstellt ist.

Ist das so logisch, aus Mord und Totschlag zu folgern, CDU oder SPD zu wählen – ist es nicht. Es ist erst mal ein Argument gegen die Verhältnisse, die man vorfindet. Die Politik nimmt das nicht so auf, bei den ungemütlichen Verhältnissen nach den Gründen zu fragen, sondern sagt sofort: dafür sind wir zuständig. Das ist die Zumutung, statt nach Gründen zu fragen, das gleich als Auftrag an die Politik zu nehmen.

— *Diese ungemütlichen Verhältnisse, die Gewalt beinhalten, werden übersetzt in Ordnung. Damit ist die Gewalt draußen. Sie sagen: wir treten für die Ordnung ein.*

Wie geht die Logik der Wahlwerbung? Das ist stets ein Auftrag an die Politik, die Zuständigen. Es ist die ganze Leistung der Wahlwerbung, die man nicht mitmachen soll: Was Ausgangspunkt ist, wird umformuliert und zurecht definiert, so dass sich notwendig daraus ergeben soll: da kann der Bürger nichts tun, das ist ein allgemeines Bedrohungsszenario. Nur die einschlägigen Machthaber, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständig sind, können dagegen etwas machen.

Der Hinweis trifft zu, dass der Bürger auch von innerer Sicherheit redet. Aber man muss sich klarmachen, dass es sich dabei nicht mehr um Schäden der Leute handelt, die sehr unterschiedlich sind. Sondern es geht hier um einen Maßstab, der von den Regierenden selber aufgemacht wird. Es geht um die Ordnung, die sie im Staat durchsetzen wollen und die sie im Staat aufrechterhalten wollen. Das ist das Problem der inneren Sicherheit. Die CDU führt es gleich vor, wie sie es übersetzt: Die Leute fühlen sich bedroht in allen möglichen Lebenslagen und das Problem ist: es geht um die Einhaltung der Regeln, die der Staat gesetzt hat für das sog. friedliche Zusammenleben. Um diese Ordnung geht es und das ist mit innerer Sicherheit gemeint. Dass die Leute das auch noch für selbstverständlich halten, ist kein Argument dafür, es auch selbst für selbstverständlich zu halten.

— *Am Ausgangspunkt steht eine Schädigung der Leute. Nach **einer** Übersetzung bzw. Verwandlung landen sie dabei: am besten läuft die Sache, wenn du dich von uns beherrschen lässt. Sie sagen: unsere Variante der Beherrschung ist die beste Bewältigung des Schadens, den ihr habt.*

— *Wenn es als Abwesenheit von Ordnung genommen wird, dann ist Ordnung schaffen das rechte Mittel*

— *Sie tun so, als ob sie nicht selbst an der Regierung gewesen wären, als ob die fürchterlichen Verhältnisse nicht unter ihrer staatlichen Macht zustande gekommen wären. Und beziehen sie sich so darauf, dass sie jetzt gefragt sind bei dem, was sie vorfinden.*

Das, worum die Staatsmacht sich kümmert und wo der Bürger sich auf den Standpunkt stellen soll, das ist es, worauf es bei **ihm** ankommt, ist etwas anderes als das private Wohlergehen des Bürgers und seine Unversehrtheit, sondern es geht um die Unversehrtheit der staatlichen Ordnung und der Eigentumsverhältnisse, die der Staat den Leuten als Lebensbedingungen vorsetzt. Es geht um die Achtung der Demokratie und der Menschenwürde, also um die Prinzipien des Staats. Die sollen das Sorgeobjekt des Bürgers sein. So ist die Übersetzungsleistung fertig. Der Bürger soll gut finden, dass der Staat sich für diese Ordnung nach seinen Maßstäben einsetzt. Dann ist es nur noch die Frage, wer sich am meisten dafür einsetzt. Der ist der beste Politiker.

— *Die Grünen sagen: Bei einem Terroranschlag werden Menschen verletzt. Wer ist dann das Opfer? Unsere Werte! Das eigentliche Opfer ist so gleich der Staat.*

Angesichts dessen, dass nach härteren Maßnahmen gerufen wird, kommen die Liberalen und die Grünen gleich auf die Idee, dass der Bürger davon auch betroffen ist. Es ist ja nicht so, dass, wenn der Staat sich schützt, das ein Segen für die Bürger ist. Sie sagen, man muss sehr darauf achten, dass das in Maßen geschieht. Sie profilieren sich damit, dass die Bürger betroffen gemacht werden können, wenn der Staat seine Ordnung gegen die schützt, die dagegen verstoßen. Aber wenn die Grünen oder die Liberalen dabei etwas mitzureden haben, braucht der Bürger sich nicht sorgen.

— *Warum gibt es dann so viele Bürger, die vom Staat gar nichts halten, die nicht zur Wahl gehen, die den Staat als unfähig betrachten? Anlässlich der Amri-Geschichte wird beklagt, dass der Staat gar nicht in der Lage ist, diese Ordnung und das Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten, die freiheitliche Grundordnung zu verteidigen, weil er zum einen von Schwachköpfen regiert wird und zum anderen die Widersprüche des Kapitalismus nicht auflösen kann. Wird hier nicht eine Idealisierung der Staatsfunktionen diskutiert, während die Wirklichkeit ganz andere Probleme hat: Stichwort Eigentumsverhältnisse, wie gearbeitet wird in Deutschland, wer reich ist, wer arm ist ...?*

Thema dieser Veranstaltung ist nicht, ob und wie der Staat seine Ordnung aufrechterhält. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass der Bürger in dieser Ordnung mit schöner Regelmäßigkeit von Problemen und Zuständen betroffen ist, die ungemütlich sind. Auch im Wahlkampf wird nicht die Frage nach den Ursachen gestellt, die beständig ihre Wirkung tun. Stattdessen wird der Schluss gezogen, dass man es mit Problemen zu tun hat, bei denen die Betroffenen hilflos sind, und es deshalb Politiker braucht, die sich dieser annehmen. Auf dieser Ebene wird dann beurteilt, ob die Politiker, die sich bisher darum gekümmert haben, es gut gemacht haben und deswegen wieder gewählt werden, oder - wenn man anderer Meinung ist - als (einzige) Alternative in diesen demokratischen Verhältnissen eine andere politische Mannschaft gewählt werden kann. Dieses Prozedere lebt davon, dass man sich auf Sorgen oder Unzufriedenheiten bei den Bürgern beruft, diese in ein Problem verwandelt, das nicht mehr das der Bürger ist, sondern eines, das die Politiker als ihre Aufgabe definieren und für das sie gewählt werden wollen. Was die Politik dann mit ihrer Macht anfängt und ob es darin Widersprüche gibt, war also nicht das Anliegen. Es sollte klargemacht werden, wie aus allem das Argument für die Wahl einer Partei A oder Partei B wird.

— *Ein Teil der Bürger weiß, dass sie es mit unfähigen Politiker zu tun haben. Bei den Landtagswahlen*

mit einer Wahlbeteiligung von fünfzig Prozent kann mir keiner erzählen, dass es in Deutschland eine Mehrheit von Bürgern gibt, die diesem System und dem Staat vertrauen. Wieso beharrt ihr darauf, dass dieses System so raffiniert ist, Leute erfolgreich zur Wahl zu bewegen und eine bestimmte Partei zu wählen?

— Es wurde nicht darüber geredet, ob das Argument bei den Leuten verfängt, sondern was ist das Argument. Mit welchem Argument wird bei den Bürgern geworben und worin liegt dessen Gemeinheit? Die Frage, ob solche Botschaften ankommen, ist ein Themawechsel.

— Die Behauptung, dass viele Leute enttäuscht sind und deshalb nicht zur Wahl gehen, ist kein Gegenargument. In ihren Erwartungen enttäuscht, haben sie die Übersetzungen, die die Wahlkämpfer behandeln, schon längst hinter sich.

— Wer sagt, die Übergriffe von Ausländern auf deutsche Frauen liegen an der unfähigen Politik, der hat doch genau das, was ausgeführt wurde, belegt. Er geht davon aus, dass Übergriffe eine Frage von politischer Verhinderung sind und die Staatsgewalt dafür zuständig ist. Hier tritt er mit dem negativen Befund auf, dass keiner der Politiker, die antreten, das beheben kann.

— Dass der Staat dafür zuständig ist, ob seine Gesetze beachtet werden, dass er ordnungsmäßig tätig wird, ob man es ihm zutraut oder nicht: diese Zuständigkeit wird nicht bestritten.

Es ist ein Unterschied, ob ein Wähler enttäuscht von seinen Politikern ist und beim nächsten Mal eine andere Partei wählt, oder ob er sagt, ich bin enttäuscht und gehe nicht mehr zur Wahl. Diese Veranstaltung will aber klarmachen, man soll nicht enttäuscht sein von seinen Politikern, sondern zur Kenntnis nehmen, was sie von einem wollen. Das Argument war, sie wollen die Leute auf die von ihnen eingerichteten, ungemütlichen Verhältnisse verpflichten. „Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt und wird es mit der CDU auch bleiben“ (Zitat GS 3-17 S.36). So soll der Bürger die Sache sehen und die Fortsetzung machen: damit es so bleibt, müsst ihr unbedingt uns an die nächste Regierung bringen. Man soll nicht von den Politikern enttäuscht sein, wenn sie ihre Ankündigungen nicht umsetzen, sondern zur Kenntnis nehmen, dass es keine vernünftige Angelegenheit ist, sich dieser Wahlkampffargumentation von Politikern anzuschließen. Es ist z. B. ein Fehler, zu behaupten, hier gibt es Verbrechen und Kriminalität, also braucht es Politiker, die für Ordnung sorgen. Umgekehrt sollte darüber nachgedacht werden, ob die Politiker nicht gerade mit ihrem Handeln für die Gültigkeit und Aufrechterhaltung solcher ungemütlichen Zustände sorgen. Die Verhältnisse sind doch so eingerichtet, dass die Leute allen Grund für Übergriffe auf das Eigentum anderer haben.

— Die Frage, ob die Politik oder die Parteien in der Lage wären, Probleme zu lösen, ist nicht unser Anliegen. Wir haben doch gesagt, dass zu den Verhältnissen, in denen die Leute leben, Mord und Totschlag dazugehören. Sie werden von den politischen Parteien so angesprochen, dass eine Parteinarbeit für diese Ordnung herauskommen soll. Solche Sorgen haben wir nicht, sondern hetzen gegen etwas anderes: wie bringt man ein ganzes Volk mit solchen Argumenten zu einer Wahlurne.

Es soll noch das andere Sachthema – die Wirtschafts- und Sozialpolitik – dazugenommen werden. Wenn die Parteien dieses Thema bearbeiten, wird deren Logik als Wahlkämpfer und Politiker in unterschiedlichen Varianten deutlich.

— Hier kann man das Zitat der Linken nehmen, das ausdrücklich die Nachteile der Lohnabhängigen anspricht. Sie stellt als erstes fest, dass sich Millionen Menschen in diesem Land höhere Arbeitslöhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress usw. wünschen. Dem hält sie entgegen, dass die Realität anders aussieht. Da gibt es prekäre Verhältnisse, man kann vom Lohn nicht leben und die Arbeitsplätze taugen auch nichts. Am Schluss heißt es dann, der Grund dieser Misere sei die Regierungspolitik, welche diese Realität nicht richtig betreut. In ihrer Übersetzungsleistung hält sie erst fest, dass es den Leuten schlecht geht, und stellt dem dann eine Realität gegenüber, die ihren Aufgaben nicht gerecht wird. Sie sagt nicht einfach, dann taugt die Realität halt nicht für diesen Zweck, sondern kommt zu dem Schluss, die Realität muss ihren Aufgaben gerecht werden. Dabei unterstellt sie das Zurechtkommen der Leute als abhängig von der Realität – eine Abhängigkeit, die von Politikern und Regierung gescheit betreut werden muss.

Im Programm der Linken ist gegenübergestellt worden, was wünschenswert wäre und wie die Realität aussieht. Es sieht bitter aus: die Leute müssen arbeiten, haben wenig Geld und werden krank. Und dann kommt dieser schöne Satz: „Trotz günstiger wirtschaftlicher Entwicklungen in Deutschland bleiben Niedriglöhne, Armut und mangelnde gesellschaftliche Teilnahme ... eine traurige Alltagserfahrung“ (Zitat GS 3-17 S.40). Was heißt hier eigentlich „Trotz“? Es werden missliche Zustände, Notlagen angeführt und dann wird nicht die Frage gestellt, wieso gibt es das, sondern es wird festgestellt, trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung gibt es das.

— Es verhält sich umgekehrt: weil die Leute benutzt werden und in solch prekäre Verhältnisse geraten, gibt es einen wirtschaftlichen Aufschwung. Offenbar denkt die Linke, die Marktwirtschaft würde schon in Ordnung gehen, wenn sie nur unter ihre Politik mit mehr sozialer Gerechtigkeit vonstattengeht. Erst machen sie mit dem „Trotz“ einen Widerspruch auf und dann sagen sie, unter uns würde es in der Marktwirtschaft diese Gegensätze nicht geben. Diese könnte man auch verträglich organisieren.

Hier ist noch ein kleiner Zwischenschritt notwendig.

— Das „Trotz“ steht doch für ein Verhältnis von beidem. Einerseits geht es den Leuten schlecht und andererseits gibt es diese wirtschaftliche Entwicklung. Das „Trotz“ steht doch dafür, es könnte auch ein gedeihliches Zusammenwirken sein.

Es gab einmal eine Systemkritik bei der Linken, jedoch ist hier „Wunsch und Wirklichkeit“ der Übergang zu einem affirmativen Verhältnis zu den Prinzipien dieser Gesellschaft. Darin ist eingeschlossen, die Probleme der Menschen könnten gelöst werden, wenn das gut funktioniert. Nur schlechtes Regieren macht aus der wirtschaftlichen Entwicklung hierzulande einen Schaden für die Leute. Wenn es eine Regierungsbeteiligung der Linken gibt und die auf eine Politik für die Lohnabhängigen achtet, passt alles wunderbar zusammen.

— *Das ist doch nicht erstaunlich. Alle Parteien, die in der demokratisch-parlamentarischen Demokratie antreten, gaukeln den Leuten die Illusion vor, dass unter den besten Parteien und den besten Politikern alles gut wird. Das habe ich verstanden. Was ich nicht verstanden habe: wieso werden bestimmte Erscheinungen der Politik in einen Topf geworfen? Wenn man z. B. die Einführung von Hartz IV unter Schröder nimmt und sie mit anderen Regierungsprogrammen vergleicht, kann man nicht alles in einen Topf schmeißen. Seine Regierung hat bei einem bestimmten Teil der Bevölkerung ein Desaster hervorgerufen hat. Eine andere Regierung hätte dies in dieser Form evtl. nicht gemacht, d.h. man muss doch ein bisschen differenzieren.*

Diese Veranstaltung will klarmachen, dass es eine Meinung über die Wahl gibt, nach der die Bürger mit ihr entscheiden, wer die Politik macht und wie sie dann aussieht. Das würde die Herrschaft auszeichnen. Gegen diese Vorstellung - das ist eine bekömmliche Herrschaftsform, weil der Wählerwille zählt - war klarzumachen, dass dies nicht eine Veranstaltung für die Bürger, sondern eine Veranstaltung für die Herrschaft ist. Die Herrschaft in Form von Parteien macht die Bürger mit ihren Problemen bekannt und damit, dass sie in der Konkurrenz zu anderen Parteien die besseren sind und verdient haben, gewählt zu werden. Das Lob der Wahl als eine Sache, bei der der Bürger seinem Interesse nachkommen kann, ist eine Lüge. Sie funktioniert genau umgekehrt: die Parteien machen die Bürger mit ihrem Programm bekannt und fordern dafür Zustimmung ein.

— *Es stimmt nicht, wenn vorhin gesagt wurde, die Politiker gaukeln den Leuten nur vor, dass mit ihren Interessen alles gut würde, wenn sie nur gewählt würden. Sie kündigen schon in ihrer Wahlpropaganda an, dass sie die Nöte und Interessen der Leute nur übersetzt gelten lassen als ein Problem, das sie selber mit der Ordnung der Gesellschaft haben.*

Es ist nicht gut zu behaupten, es sei doch alles offenkundig in einer parlamentarischen Demokratie. Wir bemühen uns gerade, etwas gegen das Vorurteil über die Güte von Wahlen zu sagen. Wie geht eigentlich eine parlamentarische Demokratie? Es ist ein Unterschied, ob man sagt, es wundert einen nicht, was die Parteien so machen - oder zu sagen, wundere dich doch mal darüber, dass es eine solch unverschämte Veranstaltung alle fünf Jahre gibt und den Wählern nichts anderes angeboten wird, als ihre Zustimmung zu Protokoll zu geben.

— *Wieso soll eine Herrschaft anfangen, ihre Interessen zu verteidigen? Dass der Staat nicht die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, sondern der Herrschaftsapparat ist zur Durchsetzung der Kapitalinteressen, das muss man doch gar nicht erklären.*

Diese Veranstaltung geht davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Leute hierzulande nicht der Meinung ist, der Kapitalismus ist ein Gewaltverhältnis, das durch den Staat installiert und aufrechterhalten wird. Sondern die überwiegende Mehrheit meint, es gäbe eine Vielzahl von schwerwiegenden Problemen, deren sich die Politik annehmen soll. Im Wahlkampf wird thematisiert, welche Politiker dafür die richtigen sind. Insofern kann man nicht sagen, alles ist klar, weil die Herrschaftsverhältnisse etabliert sind. Vielmehr muss man darlegen, wie die Leute dazu vereinnahmt werden, dass sie am Sonntag in Schulen oder Kindergarten gehen und ein Kreuzchen machen. Und zwar mit der Intention, sie dagegen aufzubringen.

Es ist dringend notwendig, dass man sich klar macht, wie die Wahl funktioniert, was sie leistet, wie die Argumente lauten und wie man die zu kritisieren hat. Das gilt auch für diejenigen, die überzeugt sind, der Kapitalismus gehört abgeschafft, weil sie das den anderen Leuten - also der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht dieser Auffassung ist - auch geschickt erklären können müssen.

— *Wie kriegt die Herrschaft, der Sachwalter des Kapitals, die Zustimmung der Beherrschten oder derer, die für die Vermehrung des in Kapitalform vorliegenden Reichtums schufte müssen. Es ist eine ernst genommene Frage, dass die Bürger ihrer Beherrschung auch noch im Wahlakt zustimmen. Das geht darüber, dass die Nöte und Sorgen, kaum sind sie aufgegriffen, schon verwandelt in Staatsvarianten vorkommen.*

— *Es wurde behauptet, dass der Staat sich nicht um die Arbeiterinteressen kümmere. Die Zitate zeigen, er kümmert sich um nichts anderes.*

Eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, von denen man leben kann, kommen fast in allen Zitaten vor. Es ist richtig, was gesagt wurde: natürlich setzt sich die Politik für die Arbeiter ein. Es fragt sich nur wie, was wird versprochen, mit was wird Wahlwerbung gemacht. In den Wahlzitate steht, die CDU ist für die soziale Marktwirtschaft, setzt sich für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ein, setzt auf eine starke Wirtschaft, weil die für Arbeitsplätze sorgt und damit für den Wohlstand vieler Menschen.

— *Die CDU geht davon aus, dass der Arbeitsplatz oder das Einkommen der Lohnabhängigen eine abhängige Variable einer starken Wirtschaft ist. In diesem Verhältnis benutzt eine starke Wirtschaft den Lohnarbeiter und nur soweit sie ihn benutzt, hat er ein Einkommen. Das ist grundsätzlich unterstellt und auch Ziel dieser Partei.*

Das ist unterstellt, aber vorgebracht wird es als Wahlwerbung.

— Weil man als Abhängiger genau davon abhängig ist, wie sich die CDU für eine starke Wirtschaft und damit für Lohneinkünfte einsetzt.

Man soll das Dogma der CDU teilen, alles hängt von einer starken Wirtschaft in Deutschland ab. So kommt auch der Wohlstand der Leute zustande. Die Abhängigkeit, von der die Rede ist und die auch stimmt, soll als solche aufgefasst werden, in der die CDU für eine starke Wirtschaft sorgt und somit auch für meinen persönlichen Wohlstand.

— Das ist doch wieder diese Verwandlung von: ich brauche einen Arbeitsplatz, sonst habe ich keine Auskommen, davon hängt meine Leben ab, zu: einem Dafürsein, dass es eine starke Wirtschaft und einen starken Mittelstand gibt. Es ist eine Verwandlung dessen, was der Mensch denkt und um was es ihm geht, zu einem anderen Standpunkt.

Das ist auch im Zitat (GS 3-17 S.38) angesprochen: „Arbeit für alle - sicher und gut bezahlt“. Hier kann sich jeder vorstellen, wie er sich seine Lebensverhältnisse als Lohnabhängiger denkt und was er dazu braucht.

Um diese Verwandlung nochmals zu unterstreichen: von einer starke Wirtschaft hängt der Arbeitsplatz ab. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen; eigentlich ist das eine harte Auskunft für die Leute. Sie bekommen mitgeteilt: ihr braucht einen Arbeitsplatz, aber das ist keine Selbstverständlichkeit; bloß weil ihr sonst kein Geld und keinen Lebensunterhalt habt, gibt es nicht einfach diese Arbeitsplätze. Man ist auf eine Wirtschaft angewiesen, die aber nicht deswegen Arbeitsplätze schafft, weil man selber einen braucht, sondern nur dann, wenn sie ihren Erfolg damit bewerkstelligen kann. Dies schließt immer ein, dass Arbeitsplätze schlecht bezahlt sind und mit harten Arbeitsbedingungen verbunden sind. Zu dieser Härte soll man sich positiv stellen und sagen: ja, wenn ich von der Wirtschaft abhängig bin, dann muss ich mich auch für den Erfolg der Wirtschaft einsetzen.

— Bis hin zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Zu dieser wird gesagt, dass sie durch den Gebrauch der Leistung zustande kommt, welche die CDU so organisiert, dass die Wirtschaft sie in Anspruch nehmen kann.

— Das ist ein gutes Argument gegen das, was vorher gesagt worden ist: die Politiker würden in ihrem Wahlkampf Illusionen über Wirtschaft und die Gesellschaft verbreiten. Wenn sie Wahlkampf machen, verpflichten sie in ihrer Art, wie sie über die Gesellschaft oder über die Aufgaben des Staates reden, die Leute auf die kapitalistische Produktionsweise. Sie verbreiten nicht Illusionen, sondern definieren - durchaus ausgehend von den Problemen, die die Leute haben, - diese Produktionsweise als Gesamtnotwendigkeit, von der sie abhängen und die deswegen erhaltenswert und schutzbedürftig ist. Da fällt beides zusammen, einerseits die Verpflichtung auf die Härten und auf der anderen Seite die Lüge, dass der Arbeitsplatz ein taugliches Mittel für die Leute wäre.

Es ging um die Unterstreichung dessen, dass dieses Abhängigkeitsverhältnis nicht verheimlicht wird und dass man aufgeschmissen ist, wenn es der Wirtschaft nicht gut geht. Dass man auch aufgeschmissen ist, wenn es der Wirtschaft gut geht, wird in der Ansage der Politiker zum Argument gemacht, dass es die Leute nicht leicht haben, aber wenn sie uns wählen und wir uns um eine starke Wirtschaft kümmern, dann geht es euch nicht ganz so dreckig. Es werden nicht Illusionen verbreitet, sondern die Möglichkeit einer relativen Besserstellung, wenn eine andere Mannschaft von Politikern an die Macht kommt, wird zum Argument. Diese sorgt für eine Wirtschaft, die erstens erfolgreich ist, und zweitens mehr Chancen dafür eröffnet, dass es Arbeitsplätze gibt, an denen man Geld verdienen kann. Das ist die Perspektive, die seitens der Politiker, die gewählt werden wollen, der Menschheit eröffnet wird.

Das Argument lautet: ihr seid denen bloß ausgeliefert, von denen abhängig, aber die Politik in den richtigen Händen verfügt über die Macht, darauf Einfluss zu nehmen, und deswegen soll man sie mit der Macht ausstatten. Der Gedanke ist, die Leute sind hilflos, wenn die Politik nicht in irgendeiner Weise neben den Interessen der Wirtschaft ihren Interessen Berücksichtigung verschafft.

— Viele Lohnabhängige meinen, dass die wirtschaftlichen Interessen die Politik bestimmen und dass die Politik relativ wenig Möglichkeiten hat, in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen. Sie kann keine Arbeitsplätze schaffen und sie ist den Interessen der Wirtschaft und einzelner Firmen unterworfen. Wie könnt ihr behaupten, dass die Politik in der Lage ist, glaubwürdig zu verkaufen, dass sie so viel Macht hat, dass sie der Wirtschaft den Marsch bläst?

Die Logik des Wahlkampfes ist: die Wirtschaft ist die Wirtschaft, von der hängen alle anderen ab, die nicht Wirtschaft sind, und wenn alle von denen abhängen, es nur einen Arbeitsplatz gibt, wenn die erfolgreich sind, dann ist es Aufgabe und Angebot der Politik, sich für den Erfolg der Wirtschaft einzusetzen! Das ist etwas ganz anderes als zu sagen, die Politik bläst der Wirtschaft den Marsch. (siehe Zitat der CDU: Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.)

In dem entsprechenden Zitat der SPD steht wörtlich: „Sie schaffen Arbeitsplätze. Unsere verantwortungsbewussten und mutigen Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen wir.“ Da ist das Wahlversprechen nicht sehr konkret, wie sie das machen wollen, aber der **Standpunktwechsel**, den der Wähler vollziehen soll, dass er aus seinen Sorgen heraus dafür sein soll, dass alles getan wird, dass es der Wirtschaft gut geht, ist sehr deutlich!

– Die Politik nimmt z. B. Einfluss mit den Hartz IV-Gesetzen und generell kann die Politik mit ihren Finanzmitteln und ihren Gesetzen einiges tun, um den Erfolg der deutschen Wirtschaft im Verhältnis zu anderen voranzubringen.

– Die Politik kann nicht korrigierend eingreifen, sondern ist nur Handlanger der Wirtschaft....“

Das ist ein anderes Thema, hier geht es darum, wie wird in der Wahl gekämpft und was sagt die CDU den Leuten, warum sie für sie sein sollen. Das ist etwas anderes als über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft zu reden. Hier ist der Gegenstand, die Politiker sprechen die Leute auf ihre Nöte an und machen sie darauf aufmerksam, wie abhängig sie sind von der Wirtschaft, und versprechen ihnen, weiter dafür zu sorgen, dass es so bleibt, und behaupten, wenn wir dies gescheit machen, ist das zu eurem Nutzen. So geht die Werbung. Wenn die Politiker so etwas in jeder Tagesschau und Talkshow sagen, fällt dem normalen Menschen nicht auf, was das für eine Frechheit und Zumutung ist, zu sagen, wir müssen dafür sorgen, dass es der Wirtschaft gut geht und davon seid ihr sowieso die abhängige Variable. Das sollen die Leute sich mal klarmachen, dass ihnen das von der Politik mitgeteilt wird, und dann sollen sie überlegen, ob sie dafür sind. Zur sozialen Gerechtigkeit (siehe Zitate SPD):

Das ist die penetrante Tour, mit der Schulz antritt. Er kennt sich aus, wie das ist, bei den kleinen Leuten, die in der Kälte früh um 6.00 Uhr aufstehen müssen, schlecht verdienen und ihre Probleme haben. Er fühlt mit der Verkäuferin mit, der wegen zweier Boni gekündigt wird, hält die Boni der Manager dagegen und klagt, wie ungerecht das alles ist. Er würdigt die Leistung des kleinen Mannes, die seiner Meinung nach viel zu wenig Anerkennung erfährt, und zollt ihr riesigen Respekt. So widerlich spricht er die Leute an, um bei seinem Slogan: „Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit!“ zu landen. Die SPD sorgt dafür, dass das endlich mal gesagt wird, dass die kleinen Leute genau so gute Menschen sind wie Parlamentarier oder Unternehmer. Dieses Gelaber, dass es die Leute so schwer haben, „Helden des Alltags“ sind und mal gezeigt werden muss, was die vollbringen, nimmt Bezug auf die Schwierigkeiten der Lebensbewältigung der Leute, um nicht zu sagen, die sind Scheiße, sondern damit irgendwie zurecht zu kommen, ist eine tolle Leistung! Das muss man mal hinkriegen: die Schwierigkeiten der Leute anzuführen, um dann zu sagen: ihr seid tolle Kerle, dass ihr die bewältigt – alle Achtung! Die Unverschämtheit dieser Ansprache ist, den Leuten zu sagen, bei der SPD sind sie viel besser aufgehoben als bei anderen Parteien, weil die SPD dafür steht und das in Sachen sozialer Gerechtigkeit in Aussicht stellt, dass sie anerkennt, mit welchen Problemen die Leute sich herumschlagen und mit was die zurechtkommen müssen.

– Was bei der CDU heißt, alle sind abhängig von der Wirtschaft, deshalb muss man sich um deren Erfolg kümmern, taucht hier in anderer Form auf, wenn der Dienst an der Wirtschaft als Mitwirkung an einem Gemeinschaftswerk gewürdigt wird. Das ist die Übersetzung der Abhängigkeit in die Ehre, seiner Verantwortung nachzukommen und in dieser Verantwortung vom Staat durch Anerkennung belohnt zu werden.

– Schulz persönlich hat auch einen Schluss gezogen: er will nicht mehr kleiner Mann sein, sondern will Bundeskanzler werden.

Er nimmt die kleinen Leute dafür in Anspruch, dass er ihnen sein Mitgefühl als Herrscher anbietet. Umgekehrt ist ihre Misere eine, die mangelndem Respekt von oben geschuldet ist, weshalb sie einen guten Herrscher wie ihn brauchen, also einer fürsorglichen Führung bedürfen. Er verspricht, den mangelnden Respekt zu beheben.

– Er landet bei demselben wie die CDU: „ Industrie, Mittelstand, Start-up-Unternehmen, Dienstleistungen und Handwerk sind der starke Kern unserer Wirtschaft.“, weshalb man sich um die kümmern muss.

Das ist die andere Seite der sozialen Gerechtigkeit, wie die als sozialpolitischer Handlungsbedarf gefasst wird. In der Stellung zur Wirtschaft ist sich die SPD mit der CDU völlig einig, zieht es nur von der anderen Seite auf. Die CDU fängt damit an, dass es eine starke Wirtschaft braucht, für die sie sorgt, womit alles, was die Leute brauchen, automatisch in die Welt kommt. Die SPD beginnt mit der sozialen Lage und führt fort, dass, wenn einer arbeitslos wird, er bei ihr in den besten Händen ist.

– Er sagt nur, für die kleinen Leute tun wir das, was überhaupt möglich ist in diesem System. Er verspricht ihnen nichts.

Er verspricht ihnen, dass er anerkennt, dass man z. B. als Rentner Schwierigkeiten hat, mit einer kleinen Rente auszukommen oder als Arbeitsloser einen neuen Job zu finden oder als junges Paar mit befristeten Arbeitsverhältnissen Kinder in die Welt zu setzen. Der Charakter der damit in Aussicht gestellten Maßnahmen ist das Versprechen, dass die SPD unter dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ ankündigt, dass sie den Leuten darin Hilfestellung leistet, dass sie für den Staat nicht zum Problem werden. Die Leute sollen zurechtkommen können mit den Verhältnissen, in denen die SPD sie vorfindet und belassen will.

– Mit der Anerkennung des Zurechtkommens in den miesen Verhältnissen sagt die SPD zugleich, dass es keinen Handlungsbedarf gibt, etwas zu ändern, dass die Leute aus diesen herauskommen.

Was ist das Angebot, wenn es heißt: wer seinen Job verliert, kann auf uns zählen (s. Zitat, S.39 Gegenstandspunkt 3-17 bzw. Zitatensblatt S.2m), was stellt die SPD den Arbeitslosen mit dem Arbeitslosengeld Q (Q = Qualifizierung) in Aussicht? Der Staat soll behilflich sein, dass diese Leute sich für den Bedarf der Wirtschaft zurechtmachen. Wenn die Wirtschaft schon für Arbeitsplätze sorgt, dann muss der Mensch vorsorglich so beschaffen sein, dass er dem auch immer entspricht. Was die SPD ihren

Wählern anbietet, ist, dass sie dafür sorgt, dass sie ein passendes Geschäftsmittel für Unternehmer sind, die daraus ihren Erfolg schöpfen.

– *Das Kapital hat den Arbeitslosen in diese Lage versetzt und die SPD kündigt jetzt an, wir sorgen dafür, dass du dich wieder für das Kapital verdingen kannst, dass du diese Rolle weiter einnimmst und zwar so lange, wie du noch irgendwie kannst.*

Am Anfang spricht die SPD lauter Probleme an, die der Wirtschaftsfortschritt mit sich bringt, und am Ende ist das Versprechen, mit Qualifikation sorgen wir für eine starke Wirtschaft.

– *Qualifikation ist der Ausdruck dafür, dass es Sache des in Arbeitslosigkeit gesetzten Menschen ist, dass es dessen Problem, dessen Aufgabe ist, sich wieder so herzurichten, dass er wieder benutzt wird. Qualifikation klingt nach Recht, nach Zugeständnis oder Angebot der Politik.*

Deshalb muss man den Inhalt des Rechts benennen, der heißt, sich nützlich machen, Dienste leisten für die andere Seite.

– *Dass das ein Angebot ist, zeigt zweierlei: 1. dass die Leute darauf angewiesen sind, weil sie sonst nichts finden, und 2. dass sie es ohne die Hilfe von Schulz auch nicht hinkriegen würden.*

Dienstbarkeit heißt, die Leute strengen sich an, versuchen in der Arbeit allen Anforderungen nachzukommen, um ihren Arbeitsplatz auszufüllen, aber seitens derer, die die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, wird dauernd an den Arbeitsplätzen gedreht und etwas verändert. Das ist der Grund, warum die Leute überflüssig gemacht werden bzw. ihnen gekündigt wird mit der Begründung, an den neu geschaffenen Arbeitsplätzen sind sie nicht mehr geeignet. Die Rede davon, den Leuten mangelt es an Qualifikation, ist ein Moment ihrer Abhängigkeit. Was am Arbeitsplatz verlangt wird, wird ständig geändert, und die Leute werden, wo sie den geänderten Anforderungen nicht gerecht werden, entlassen. Ihre Entlassung wird ihnen zur Last gelegt als mangelnde Qualifikation und sie werden aufgefordert, dem, was das Kapital in anderer und neuer Weise am Arbeitsplatz verlangt, aktuell gerecht werden. Dafür will die SPD nach Auskunft von Herrn Schulz Hilfestellung leisten.

– *Faktisch ist das ein Dienst am Kapital, wenn ständig neu qualifiziertes Material auf den Arbeitsmarkt kommt, und das wird als Dienst für den Arbeitnehmer, der eine Qualifikation bekommt, angeboten.*

Die Quintessenz, warum und wie Sachthemen präsentiert werden, ist, dass Sorgen und Nöte der Leute aufgegriffen und überführt werden in ein politisches Problem, ein Problem, das die Politik anerkennt, für das sie sich zuständig erklärt und von dem sie behauptet, dafür habe die jeweilige Partei und ihr Kandidat genau die Lösung, auf die es ankommt, weshalb sich alle bei ihr mit ihren Problemen aufgehoben wissen sollen. Resultieren soll dies in der Zustimmung zu einer Partei bzw. zu einer Person, die man für die nächsten Jahre ins Rennen schickt zur Ausübung der Regierungsverantwortung. Dabei kommt immer das Gleiche heraus, es gibt einen Bedarf an einer alten oder neuen Figur, die das Regierungsamt wahrnehmen soll.

– *Mit seinem Spruch „Ich will Bundeskanzler werden!“ stellt Schulz den Anspruch auf die Macht, wofür auch sein Foto auf den Wahlplakaten steht. Darauf sieht der Wähler generell Gesichter von Leuten, die er gar nicht kennt und zu denen er einen Bezug herstellen soll, indem er ganz verschiedene Eigenschaften an ihnen entdeckt, z. B. schön oder hässlich, durchsetzungsfähig oder bodenständig, also ein geschmäckerliches Urteil über den Politiker fällt, das im letzten Schritt dazu führen soll, diesen für das hohe Amt geeignet zu halten oder nicht.*

– *Eine Gleichsetzung von schön und durchsetzungsfähig ist falsch. Zwar feilen die Politiker an ihrem Outfit, aber das Zentrum ihrer Werbekampagne ist: „ich bin kanzlerfähig und durchsetzungsfähig, ich bin führungsstark und setze mich in der Konkurrenz durch.“*

Die bisherige Kritik ist nur eine Umschreibung des Zitats: „Ich will Bundeskanzler werden!“ Wie geht die Logik?

– *Politiker werben mit einem Personenkult von sich und daneben mit den Sachthemen, die sie sich aussuchen.*

Sie tun beides. An dem Spruch von Schulz ist festzuhalten, dass es ein Argument sein soll, dass man seinen Machtwillen bekundet und dies als Qualitätsausweis für das Herrschen gilt.

Was kommt bei den Sachthemen raus? Sie sind eine einzige Aufforderung, die Herrschaft auszuüben. Insofern ist es der nahtlose Übergang dazu, dass der, der sich anbietet, es auch können muss. Bei der Personendarstellung geht es darum, zu sagen, diesen Anspruch, es zu können, vertrete ich glaubwürdig, insofern als von euch Wählern eh nichts anderes verlangt ist, als dass ihr der Herrschaft zustimmt, die die Sachen für euch regelt und der ihr euch dann aber auch unterwerfen müsst. Dafür bin ich die geeignete Person, der ihr vertrauen könnt. Das ist der Zusammenhang zwischen den Sachthemen und dem, was an Selbstdarstellung der Politiker fällig ist.

– *Hierin gehört auch der Spruch eines (wahlkämpfenden) Politikers: „Ich kann nicht alle Probleme der Welt lösen.“. Diese Aussage bürgt für ihn, denn darauf folgt ein „aber“, aber folgende Sache auf alle Fälle und besonders gut. Sie steht dafür, dass er realistisch einschätzen kann, wozu er in der Lage ist.*

So etwas steht für Glaubwürdigkeit. Den Politiker soll man wählen, weil er offen spricht und nichts Unmögliches verspricht, und so ist er die richtige Figur für die korrekte Ausübung der Macht, dem kann man sie zutrauen.

— *Schulz wirbt mit der Besonderheit: ich bin machtfähig mit Herz im Kontrast zur kühlen Kanzlerin.*

Das sind Kategorien, anhand derer man sich entscheiden kann, ob man mehr auf Politiker steht, die bürgernah sind, oder, weil es um hohe Regierungsämter geht, eine seriöse Kanzlerin bevorzugt, die Souveränität ausstrahlt. Beides sind Kategorien, in denen man sich selbst als zukünftigen Untertan einer Herrscherfigur thematisiert, aber das ausdrückt als: was findet man besser, was gefällt einem mehr.

Zum letzten Punkt: Was ist und leistet der Wahlakt?

Der Wähler bekommt Sachthemen angeboten und wird über die Qualitäten seiner potentiellen nächsten Regierungspersonen unterrichtet – alles läuft darauf hinaus, sich für die eine oder andere Partei als die beste Lösung für die angeführten Probleme zu entscheiden, und dann ist Sonntag und die Leute machen ein Kreuz. An was auch immer der Bürger bei den vorher diskutierten Punkten denkt, mit den Übersetzungen, die in den Angeboten der Parteien stecken, wird die Lösung propagiert: wählt unseren Kandidaten, dann kommt das, worum es euch gehen muss, voran. Diesem identischen Resultat, egal, ob über Sicherheit, Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit oder sonst was geredet wird, ist das Kreuz sehr angemessen. Es ist immer für dieses Kreuz geworben worden und vom Standpunkt dessen, der sich zur Wahl stellt, ist es vollkommen egal aus welchem Grund das Kreuz gemacht wird, Hauptsache, es wird bei ihm gemacht. Es ist also eine sehr eigentümliche Freiheit, die die Wähler haben, sie können sich aus beliebigen Gründen für einen Kandidaten entscheiden, aber damit ist es für sie rum und es ist nicht mehr gefragt, dass sie irgendetwas entscheiden, sondern es ist damit das Versprechen des Gehorsams für den Rest der Legislaturperiode gemacht.

— *Sie können sich aus beliebigen Gründen entscheiden, umgekehrt ausgedrückt ist mit dem Kreuz überhaupt keine Verpflichtung für den Gewählten verbunden, irgendetwas Bestimmtes zu tun, es ist nur ein Kreuz, Du sollst es sein. Mit dem Kreuz ist kein Mandat verbunden, dass du, weil du das Kreuz von mir hast, etwas Bestimmtes tun musst.*

— *Es ist nicht nur keine Verpflichtung, sondern die Freisetzung der Macht desjenigen, der gewählt wurde.*

Das ist kein Mandat in dem Sinn, dass man sich nach langwierigem Studium der Wahlprogramme für eine Partei entschieden hat und jetzt einen inhaltlichen Auftrag erteilt, also jemanden mit der Wahl darauf festlegt, dass er dies tun und jenes lassen soll, sondern mit dem Kreuz kommen nicht nur alle Gründe, die zum Wählen geführt haben, nicht mehr vor, sondern man macht nichts anderes als sich auf das, was die Wahlwerbung mobilisiert, festzulegen. Alles, was in den nächsten vier Jahren passiert, soll Entscheidung von dazu gewählten Politikern sein, die wählt man und denen überantwortet man die Lebensgeschicke in den nächsten vier Jahren, die sollen daraus etwas machen.

— *Im Grundgesetz heißt es dann, sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.*

Das ist die komplementäre Freiheit zum Gebrauch der Macht, zu der die belanglose Freiheit des Wählers führt.

— *Der Gewählte beruft sich nicht auf das Grundgesetz, sondern darauf, dass er die meisten Kreuze bekommen hat.*

— *Aber der Politiker ist dem ganzen Volk verpflichtet und nicht dem einzelnen Wähler, darauf beruft er sich, das ist gerade seine Freiheit.*

Die Freiheit ist eine sachliche Auskunft über das Resultat. Mit der Berufung auf das GG „nur seinem Gewissen verpflichtet“ hat der Gewählte einen Berufungstitel, all das ins Werk zu setzen, was er in freier Entscheidung für notwendig hält.

Politiker werden gewählt, damit sie die von ihnen definierten politischen Probleme zu einer von ihnen als richtig erachteten Lösung führen. Das ist ihre Freiheit, da kommt der einzelne mit seinen Problemen gar nicht mehr vor. Das, was die Politiker nach dem Wahlabend als Probleme definieren, was Gegenstand der Koalitionsverhandlungen und des Koalitionsvertrags ist, was sie sich für die nächsten 4 Jahre an Projekten vornehmen, das ist der Nutzen der Wahl für die, die sich zur Wahl stellen, Herrschaft auszuüben über die, von denen sie gewählt worden sind, diese Freiheit erlangen sie durch die Wahl.

Das Interessante beim Verweis auf das GG ist: Sie repräsentieren das Volk und exekutieren den Willen des Volkes, was neuerdings so hoffähig geworden ist. Die Wahl ermächtigt die Politiker nicht nur, sondern sie erhalten mit der Wahl einen Berufungstitel, dass alles, was in den nächsten 4 Jahren ansteht, im Auftrag des Volkes geschieht. Trump macht dies in extenso, aber nicht nur er. Alle Politiker berufen sich tagtäglich darauf, dass sie qua Wahl legitimiert sind und nichts anderes zu tun, als den Willen des Volkes zu exekutieren.

Nächster Jf.: „America first!“ in Aktion – und die ersten Wirkungen. GS 3-17

Zitate

Die 'Sachthemen':

Innere Sicherheit:

Die CDU

ist „für Sicherheit und Ordnung“: Sie „fühlt sich der Sicherheit der Menschen in Deutschland verpflichtet. Wir wollen, dass sie frei und sicher leben können – ob zu Hause, in Straßen und auf Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und Nacht. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt und wird es mit der CDU auch bleiben. Wer unsere Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem treten wir mit aller Härte und Entschiedenheit entgegen.“ „Mehr Polizisten, besserer Schutz, härtere Strafen. So sorgen wir für mehr Sicherheit in Deutschland.“ (www.cdu.de)

Die AfD :

„Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Wir fordern daher: Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität; Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte; Ermöglichung der Unterbringung nicht abschließbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten.“ (www.afd.de)

Die Grünen :

„Wir Grüne stehen für einen freiheitlichen und damit starken Rechtsstaat, denn nur der gewährleistet Sicherheit. Islamistische und rechte Terroristen töten und verletzen Menschen, sie lehnen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Das werden wir niemals hinnehmen. Deutschland soll für alle Menschen, die hier leben, ein sicheres Land bleiben. Dazu brauchen wir eine wirksame Sicherheitspolitik, die real vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist – und keine symbolischen oder populistischen Maßnahmen.“ (www.gruene.de)

Wirtschaft und Soziale Frage:

Die CDU:

Merkel zur Diesel-Affäre:

„Ich bin stocksauer.

Dadurch ist ein Pfeiler unserer Wirtschaft, unserer Exportindustrie in Gefahr geraten und damit 100tausende von Arbeitsplätzen; Menschen, die damit nichts zu tun haben, die gute Arbeit geleistet haben. Denen gegenüber haben wir eine Verantwortung...“

„Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit gesellschaftlicher Solidarität und Digitalisierung. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf eine starke Wirtschaft mit einem gesunden Mittelstand. Sie sorgen für Qualität und Erfolg ‚Made in Germany‘, für Arbeitsplätze und damit für den Wohlstand vieler Menschen. Dabei ist für die CDU klar: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik heißt Vollbeschäftigung: Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt. Gleichzeitig gilt, dass sich Leistung lohnen muss. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Die CDU steht dafür, dass auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gesichert ist.“ (www.cdu.de)

Die SPD:

„Zeit für Gerechtigkeit“ „Wir müssen in der Gesellschaft die Atmosphäre verändern. Der Busfahrer, der hier morgens um 6 Uhr die Menschen zur Arbeit bringt, hat eine hohe Verantwortung. Das sind die Helden des Alltags. Es wird Zeit, dass das endlich mal gesagt wird. Damit die Menschen spüren, ich zähle genauso viel wie ein Abgeordneter im Bundestag.“ (BamS-Interview 27.03.17)

„.....,„Alles hat seine Zeit“. Wir haben die Agenda in einer Zeit von fast fünf Millionen Arbeitslosen beschlossen. Heute haben wir die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung – und einen massiven Facharbeitermangel. Vor ein paar Tagen habe ich in Neumünster mit einem Mann gesprochen. Mit 14 Jahren in den Betrieb eingestiegen und jetzt mit 50 immer noch da. Der Mann hat Angst. Wenn er seinen Job verliert, bekommt er 15 Monate Arbeitslosengeld. Und dann geht es an seine Existenz. Das darf so nicht sein. Menschen müssen mit Respekt und Anstand behandelt werden, wenn sie ihren Job verlieren. Menschen, die viele Jahre, oft Jahrzehnte, hart arbeiten und ihre Beiträge zahlen, haben ein Recht auf entsprechenden Schutz und Unterstützung, wenn sie – oft unverschuldet – ins Straucheln geraten. (...) (...) Es geht uns gut, das ist objektiv so. Deutschland ist ein reiches Land. Im Durchschnitt geht es uns besser als den meisten anderen Ländern. Aber die entscheidende Frage ist: Wie gerecht ist der Anteil aller Menschen in diesem Land am

gesamten Wohlstand? Es geht dabei beispielsweise um die Lebensleistung der Menschen, die wir heute pflegen. Wenn ich in manche Pflegeheime gehe, finde ich, dass wir diese Lebensleistung nicht ausreichend anerkennen. Die Leistung der Menschen, die dort arbeiten, erkennen wir auch nicht ausreichend an. Gerechtigkeit herzustellen, ist nicht altmodisch. Das ist heute aktueller denn je.“

„Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ist kontraproduktiv. Wir werden das nach dem 24. September abschaffen. Nehmen sie ein junges Paar um die 30: Wenn dieses nach der Generation Praktikum in ein befristetes Arbeitsverhältnis nach dem anderen kommt und dabei in Großstädten selbst mit zwei Einkommen Probleme hat, die Miete zu bezahlen – wie soll dieses Paar das eigentlich schaffen? Wie soll es in ein Haus oder eine Eigentumswohnung investieren? Wie sollen sie die Kinder bekommen? Nur soziale Stabilität führt am Ende zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, nicht der ausschließliche Fokus auf kurzfristiger ökonomischer Effizienz.“ (Schulz http://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/21695930_Alles-hat-seine-Zeit.html)

Die SPD verspricht „gerechte Löhne“: „Wer arbeitet, soll von seinem Lohn gut leben können. Wir wollen, dass die Löhne steigen und Tarifbindung wieder zum Normalfall wird. Und Frauen müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie Männer. Mehr Geld muss es auch in sozialen Berufen geben. Auf der anderen Seite sollten wir Managergehälter begrenzen. Keine Gehaltsexzesse mehr. Mehr Sicherheit. Junge Menschen brauchen einen festen Job mit guten Bedingungen. Darum schaffen wir die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ab. Wer seinen Job verliert, kann auf uns zählen: Unser Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q) unterstützt alle, die nach drei Monaten noch keinen neuen Job gefunden haben. Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung und verbessern damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zukunft der Arbeit. Industrie, Mittelstand, Start-up-Unternehmen, Dienstleistungen und Handwerk sind der starke Kern unserer Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze. Unsere verantwortungsbewussten und mutigen Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen wir. Deshalb investieren wir in Aus- und Weiterbildung, Forschung und Digitalisierung, Verkehr und schnelles Internet.“ (www.spd.de)

Die Linke:

„Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress. Sie brauchen Arbeitszeiten, die mit einem Leben mit Kindern, Familien, Freundschaften und Freizeit vereinbar sind. Die Realität sieht für viele anders aus: Arbeit bis zur Erschöpfung und ein Lohn, der kaum bis zum Monatsende reicht. Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren, prekären Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs und Scheinselbständigkeit. Prekär Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich schlecht eine berufliche Perspektive aufbauen. Sorgen um die berufliche Zukunft und Dauerstress machen krank. Trotz günstiger wirtschaftlicher Entwicklungen in Deutschland bleiben Niedriglöhne, Armut und mangelnde gesellschaftliche Teilnahme für die Mehrheit der Bevölkerung eine traurige Alltagserfahrung.“

„Grund für diese Misere ist die Regierungspolitik, die mit der Einführung der Agenda 2010 im Jahr 2003 begann. Eine Politik der sozialen Grausamkeit, die soziale Sicherungssysteme ausgehöhlt und die soziale Spaltung vorangetrieben hat.“ (www.die-linke.de)

Die Präsentation des Kandidaten:

Schulz: „Ich will Bundeskanzler werden!“